

Wo soll das enden?

Von Helga Zepp-LaRouche, Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität
und Direktkandidatin für den Bundestag in Berlin Mitte

Am selben Tag, an dem der UN-Sicherheitsrat einstimmig (also mit Zustimmung der USA) in einer Resolution verlangte, daß sich Israel sofort aus Ramallah und den (wieder)besetzten Palästinensergebieten zurückziehen muß, ergriff Präsident Bush unmißverständlich Partei für die Kriegspolitik Ariel Scharons. Diese beispiellose Absurdität, mit der ganz nebenbei das Völkerrecht wieder einmal der Lächerlichkeit preisgegeben wurde, kennzeichnet die Lage in Washington. Daran ändert auch die neue Rede von Bush nichts, die die israelische Aggression gegen Arafat praktisch gerechtfertigt hat. In Washington wird ganz offen darüber gesprochen, daß die USA Führer eines englischsprachigen Weltimperiums seien. Die imperiale Selbstberauschung des amerikanischen Establishments geht aber mit einer völligen Blindheit für die Realität einher.

Die Gewalt, die Scharon mit seiner Provokation gegen die Al-Haram-al-Sharif-Moschee im Herbst 2000 losgetreten hat, eskaliert täglich. Hinzu kommt die eigentliche „Infrastruktur des Terrors“ – die israelischen Siedlungen in den okkupierten Palästinensergebieten. Die israelische Armee verfolgt offenbar die Absicht, Präsident Arafat ins Exil zu deportieren, die Palästinenser mit gezielter Brutalität ganz aus den besetzten Gebieten zu vertreiben, und diese einem „Eretz Israel“ einverleiben.

Wenn man in Deutschland heute die Politik der israelischen Regierung beurteilen will, muß man dies von dem gleichen ökumenischen Standpunkt tun, den der „Sokrates des 18. Jahrhunderts“, Moses Mendelssohn, und sein Freund Lessing in „Nathan der Weise“ bezogen haben. Viele wissen ja nicht, daß, seit der Zusammenarbeit Mendelssohns und Lessings deutsche Juden einen entscheidenden Beitrag zur klassischen wie zur deutschen Kultur geleistet haben, woran selbst die Schrecken der Hitlerzeit nichts ändern konnten. Von diesem Standpunkt aus

betrachtet verfolgen Scharon und die israelische Armee die genau gegenteilige Politik.

Was soll es denn bedeuten, wenn in der israelischen Presse berichtet wurde, die Militärführung studiere das Vorgehen der Nazis gegen das Warschauer Ghetto als Vorbild für die Militäroperationen gegen die Palästinenser? Woher kommt die Idee, den Palästinensern in den Flüchtlingslagern Nummern auf den Arm zu malen? Und welcher Geist wird da beschworen, wenn Scharon vom „totalen Krieg“ spricht?

Am 9. März veröffentlichte die *Los Angeles Times* einen „geheimen“ Bericht über Pläne des Pentagons für den Ersteinsatz von Atomwaffen gegen Irak, Iran, Syrien, Libyen, Nordkorea sowie Rußland und China. Die Veröffentlichung dieses Berichts ist Teil einer Strategie der kalkulierten Schrecklichkeit, bei der Feind wie Freund eingeschüchert und ein Angriff auf den Irak psychologisch vorbereitet werden soll. Die Entscheidung, einen Militärschlag gegen den Irak zu führen, ist offensichtlich bereits gefallen. Offen ist lediglich die Frage wann und wie er erfolgen soll.

Wenn es zu einem Krieg gegen den Irak käme, besteht die sehr große Wahrscheinlichkeit, daß alle „moderaten“ Regierungen in der Region – Jordanien, Ägypten, Saudi-Arabien – hinweggefegt werden, was aber angesichts der massiven Proteste gegen die israelischen Greuelthaten schon viel früher passieren könnte. Was geschieht, wenn ein Angriff gegen den Irak steckenbliebe und der Krieg sich in Länge zöge? Der „Sieg“ in Afghanistan wurde ja auch etwas vorzeitig verkündet. Werden dann Atomwaffen eingesetzt? Die ganze Region vom Nahen Osten bis Südostasien droht in Flammen aufzugehen.

Nichts aus der Geschichte gelernt

Die wirkliche Dynamik hinter dieser strategischen Krise ist die Tatsache, daß sich das globale Finanzsystem im Zusammenbruch befindet. Leider hat sich in

der US-Regierung die Fraktion der neo-imperialen „Falken“ durchgesetzt, die meinen, daß ein „Krieg der Zivilisationen“ und Aufrüstung einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise darstellt. Hinzu kommt die Frage, wer wirklich für die Ereignisse des 11. September verantwortlich ist?

Haben diese Leute denn gar nichts aus der Geschichte gelernt? Weder wird die Wirtschaftskrise durch Krieg überwunden, noch werden diese imperialen Kriege gegen andere Kulturen die erhofften schnellen Siege bringen. Es sieht wirklich so aus, als überblicke Präsident Bush nicht mehr die Komplexität dessen, was er da ins Rollen gebracht hat. Tatsache ist, daß derzeit Dinge gesagt und getan werden, die noch vor kurzem absolut undenkbar gewesen sind. Dazu gehört die Diskussion in den USA über die mögliche Besetzung der saudi-arabischen Ölfelder oder um den „chirurgischen“ Ersteinsatz von „kleinen Atomwaffen“.

Es ist überdeutlich, daß die europäischen Regierungen – angesichts der Tragödie in Ramallah, Bethlehem und Nablus und angesichts der Gefahr eines großen Krieges – ihre Unfähigkeit offenbaren. Die Parteien, die diese Regierungen stellen, sind offensichtlich nicht in der Lage, ihre schlechten Gewohnheiten zu ändern, zu denen es gehört, lieber das eigene Schäfchen ins Trockene zu bringen, als sich um das Gemeinwohl zu kümmern. „Was ich tun kann, um einen Absturz in Depression und Krieg zu verhindern? Diese Themen kann ich in der Fraktion nicht ansprechen, ich muß mich erst einmal darum kümmern, daß ich in meinem Wahlkreis wieder aufgestellt werde“ – so etwa lautet das typische Argument der Abgeordneten dieser Parteien.

Persönliche Verantwortung

Was können wir in Europa angesichts dieser hochgefährlichen Lage tun? Die Realität ist, daß die USA die einzige Macht darstellen, die Israel dazu zwingen kann, sich den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu fügen und sich umgehend aus den wiederbesetzten und den anderen okkupierten Gebieten zurückzuziehen. Und deshalb müssen wir mit aller Deutlichkeit sagen, daß es die persönliche Verantwortung von Präsident Bush ist, Israel zu stoppen und eine Eskalation der Gewalt in Nahost, die zum dritten Weltkrieg ausufern kann, zu beenden.

Präsident Bush, Sie sind vor der Geschichte persönlich verantwortlich!

Die furchtbare Spirale der Gewalt im Nahen Osten kann nur beendet werden, wenn die Lehren des Westfälischen Friedens angewandt werden, der 1648 den dreißigjährigen Religionskrieg in Europa beendete. Und dazu gehört vor allem ein großangelegter Entwicklungsplan, der Israel hilft, seine eigene Wirtschaftskrise zu überwinden, und gleichzeitig mit einem großzügigen Aufbauprogramm die Existenz eines international garantierten palästinensischen Staates sichert. Der von Lyndon LaRouche bereits 1975 vorgeschlagene „Oasen-Plan“ für den Nahen und Mittleren Osten muß sofort mit internationaler Hilfe verwirklicht werden. Dazu gehört vor allem der umfangreiche Bau von Entsalzungs- und Bewässerungsanlagen, damit die Wüsten dieser Region bald fruchtbare Ackerflächen werden.

Jeder Mensch, dem die ideologische Brille nicht den Blick auf die Realität versperrt, sieht, daß eine Fortsetzung der gegenwärtigen Politik nur in die Katastrophe, also zu Depression, Krieg und Chaos führen kann. Verändern wir die weltpolitische Tagesordnung, solange es noch nicht zu spät ist!

Wir brauchen eine wirkliche Friedensperspektive, die das Überleben aller Völker und Staaten dieser Welt ermöglicht. Deshalb muß das jetzige, unrettbar bankrotte Finanzsystem, das mit Finanzspekulation, Globalisierung und Internationalem Währungsfonds assoziiert ist, durch ein neues, gerechtes Finanzsystem ersetzt werden. Dieser Vorschlag Lyndon LaRouches liegt seit langem auf dem Tisch und wird von zahlreichen wichtigen Kräften in der ganzen Welt unterstützt. Ein solches Neues Bretton Woods muß zum finanziellen Rahmen für den Ausbau der Eurasischen Landbrücke werden, d.h. die infrastrukturelle und wirtschaftliche Integration Eurasiens, von dort über die Beringstraße nach Nord- und Südamerika sowie über Ägypten und die Straße von Gibraltar nach Afrika. Nur die Vision einer gerechten neuen Weltwirtschaftsordnung kann heute den Frieden wiederherstellen! Und darin liegt auch der einzige Weg, wie wir in Deutschland die Arbeitslosigkeit überwinden und produktive Vollbeschäftigung herstellen können!

Die BüSo ist angetreten, um die Politik in Deutschland in diese Richtung zu ändern. Schließen Sie sich uns an! Beschweren Sie sich nicht über die Politiker, werden Sie selber einer!

Bitte schicken Sie diesen Abschnitt an: **BüSo-Bundesgeschäftsstelle, Postfach 3366, 55023 Mainz**
www.bueso.de

- Ich möchte den Wahlkampf der BüSo unterstützen.
- Ich möchte gern mehr wissen über die BüSo.
- Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung *Neue Solidarität* vier Wochen kostenlos zum Kennenlernen

Vorname, Name _____

Straße, Hausnr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Unterschrift _____